



HDE



Konsumbarometer

NOVEMBER 2020

Vorsprung durch Wissen.



NOVEMBER 2020

ERSTELLT FÜR

Handelsverband Deutschland - HDE e.V.
November 2020

ERSTELLT VON

HANDELSBLATT RESEARCH INSTITUTE

INHALT

Gesamtwirtschaftliches Umfeld.....	4
Umfrageergebnisse.....	10
Methodik.....	16
Lange Reihe der Werte des HDE-Konsumbarometers und der Einzelindizes (ab 10/2016).....	17
Rechtlicher Hinweis	19

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

In den letzten Wochen hat das Corona-Infektionsgeschehen in Europa und auch Deutschland wieder deutlich an Dynamik zugelegt. Während in den Sommermonaten Juni und Juli die täglich gemeldeten Neuinfektionen in Deutschland ein Niveau von wenigen Hundert Infizierten aufwiesen, lag die Anzahl zuletzt Ende Oktober in einer Größenordnung von nahezu 20.000 Neuinfizierte pro Tag. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung steht es außer Frage, dass sich Deutschland nicht vor, sondern in der zweiten „Corona-Welle“ befindet. Die Situation sei „insgesamt sehr ernst geworden“, sagt Lothar Wieler, Präsident des Robert Koch-Instituts. „Wir müssen damit rechnen, dass sich das Virus in Deutschland unkontrolliert ausbreiten kann.“

Um dies zu verhindern, wurden die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie durch die jeweiligen Regierungen in Bund und Land zunächst nur punktuell wieder verschärft. Das temporäre innerdeutsche „Beherbergungsverbot“ für Touristen aus Risikogebieten, wodurch die deutsche Tourismusbranche negativ getroffen wurde, wurde zwar – zum Teil gerichtlich – in den meisten Bundesländern wieder aufgehoben. Andere Maßnahmen in den Kommunen wie Sperrstunden oder strengere Hygienekonzepte hatten dagegen bereits größere Auswirkungen auf die Bereiche Gastronomie und Kultur. Und in besonders stark betroffenen Regionen wie dem Berchtesgadener Land oder Rottal-Inn kam es zudem in der zweiten Oktoberhälfte zu einem erneuten Lockdown.

Am 28. Oktober verständigten sich Bund und Länder dann allerdings auf einen bundesweiten vierwöchigen Lockdown, um den exponentiellen Anstieg der Infektionen zu stoppen. Dieser Lockdown beginnt am 2. November und umfasst Kontaktbeschränkungen, Verbot von Veranstaltungen und die Aufforderung, private Reisen einzuschränken. Außerdem werden Freizeiteinrichtungen sowie Gastronomiebetriebe geschlossen. Im Gegensatz zum Lockdown im Frühjahr bleiben Groß- und Einzelhandelsgeschäfte sowie Schulen und Kindergärten geöffnet.

Zwar gibt es für die von der Schließung betroffenen Betriebe zusätzliche Wirtschaftshilfen zur finanziellen Entschädigung, dennoch dürfte dieser Lockdown mit gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen einhergehen. Nach Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW Köln) vom 23. Oktober würde ein erneutes bundesweites Herunterfahren der wirtschaftlichen Aktivitäten und damit der personellen Kontakte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem und nächstem Jahr um ein bzw. zwei Prozentpunkte, also sehr spürbar dämpfen.

Aber selbst, wenn der Lockdown Ende November endet, werden die Einschränkungen im Winterhalbjahr umfassend bleiben. Eine baldige Rückkehr zur Normalität wird es vorerst nicht geben – oder, um es mit den bildhaften Worten von Bundesbankpräsident Jens Weidmann zu sagen: „Während die ersten paar Meter des Hinauskletterns aus der Talsohle relativ einfach

waren, ist der Weg nach oben zum vormaligen Niveau noch immer lang und mit Unsicherheiten behaftet.“

Bisher ist jedoch ebenso festzuhalten, dass die deutsche Volkswirtschaft recht glimpflich durch die Corona-Krise gekommen ist. Dieses Ergebnis lässt sich aus dem am 14. Oktober veröffentlichten Herbstgutachten herauslesen, das im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten erstellt wurde. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr dürfte sogar etwas geringer als in der Finanzkrise 2009 ausfallen. Laut den beteiligten Experten wird die Wirtschaftsleistung bereits Ende 2021 das Vorkrisenniveau wieder erreicht haben. Auf Jahressicht folgt einem Einbruch um 5,4 Prozent im laufenden Jahr, in 2021 ein Rekordwachstum von 4,7 Prozent sowie eine Normalisierung in 2022 mit 2,7 Prozent Wachstum.

Am 28. Oktober stellte dann das Bundeswirtschaftsministerium noch die konjunkturelle Herbstprognose der Bundesregierung vor. Trotz des zunehmenden Infektionsgeschehens wurde diese überraschender Weise nach oben revidiert. Der Einbruch des BIP soll sich dieses Jahr auf 5,5 Prozent belaufen. Anfang September war man noch von einem Minus von 5,8 Prozent ausgegangen, im Frühjahr sogar von 6,3 Prozent. Für 2021 erwartet die Bundesregierung weiterhin ein BIP-Wachstum von 4,4 Prozent. Das Vorkrisenniveau beim BIP wird jedoch erst wieder zu Beginn des Jahres 2022 erreicht.

Als Grund für die Anhebung der Prognose für dieses Jahr wird die kräftige Konjunkturerholung im Sommer genannt, durch die ein Großteil des Einbruchs aus dem Frühjahr wieder aufgeholt wurde.

Und diese Erholung zeigt sich ebenfalls in den aktuellen Zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im dritten Quartal 2020, die das Statistische Bundesamt am 30. Oktober veröffentlichte. Demnach ist das BIP in den Monaten Juli bis September – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 8,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal gewachsen. Im Vorjahresvergleich lag das BIP im dritten Quartal allerdings immer noch auf einem 4,3 Prozent (preis- und kalenderbereinigt) niedrigeren Niveau.

Durchaus kontrovers diskutiert wird nach wie vor das von der Bundesregierung aufgelegte Konjunkturpaket zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie vom Frühsommer dieses Jahres. Denn nach Meinung der Mehrheit der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute, kommt es zu der raschen Erholung nicht wegen, sondern trotz des Konjunkturpakets. Zu dieser Einschätzung gelangen zumindest vier der fünf Institute. Die „pauschale Stimulierung der Binnennachfrage“ sei in einer Pandemie keine geeignete wirtschaftspolitische Maßnahme, schreiben die Ökonomen. Denn sie werde der Natur der Krise als kombinierter Angebots- und Nachfrageschock nicht gerecht. Der personellen, branchenmäßigen und regionalen Heterogenität werde nicht adäquat Rechnung

getragen. „Vielmehr dürften die Maßnahmen zur Stimulierung der Binnennachfrage den Einkommenskeil zwischen den von der Krise betroffenen und den nicht betroffenen Akteuren vergrößern.“ Enorme Ressourcen würden nicht zuletzt durch die temporäre Umsatzsteuersenkung und den Kinderbonus gebunden, die an anderer Stelle deutlich mehr zur Überwindung der Coronakrise beitragen könnten.

Eine andere Meinung vertrat hingegen das Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW). In einem Sondervotum attestiert dieses Institut der Regierung, dass eine „allgemeine Anregung der Binnennachfrage notwendig“ gewesen sei. Schon ab April seien nachfrageseitige Reaktionen bedeutsamer als die angebotsseitigen Einschränkungen gewesen. Die angebotsseitigen Einschränkungen des nationalen und internationalen Geschäftsverkehrs hatten massive Rückgänge der Nachfrage entlang der Wertschöpfungsketten zur Folge gehabt; entsprechend sei die Nachfrage auch von nicht direkt betroffenen Wirtschaftsbereichen gesunken. Zudem führten die geringeren Einkommen der privaten Haushalte und die weggebrochenen Gewinne der Unternehmen weltweit zu einer geringeren Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen und schwächten damit die Konsum-, Investitions- sowie die Exportgüternachfrage. Zusätzlich hätten die durch die Pandemie gestiegene Unsicherheit und die zurzeit sinkenden Inflationserwartungen dazu geführt, dass insbesondere Investitionen, aber auch der private Konsum eingeschränkt wurden.

Das DIW beurteilt „die im Frühjahr ergriffenen Soforthilfen und das im Juni 2020 beschlossene Konjunkturprogramm der Bundesregierung daher in ihrer Gesamtheit als notwendig, zweckmäßig und dem Umfang nach angemessen, um die deutsche Konjunktur zu stabilisieren“. Die sechsmonatige Umsatzsteuersenkung und die einmalige Auszahlung des Kinderbonus wirkten zeitnah und temporär.

Ein durchaus gemischtes Bild zeigt sich beim Blick auf die aktuellen Konjunkturdaten. So vermeldete das Statistische Bundesamt am 7. Oktober etwas überraschend, dass die Industrieproduktion im August leicht um 0,2 Prozent gegenüber dem Juli zurückgegangen ist. Allerdings gilt es dabei zu beachten, dass die Werksferien in der Autoindustrie – insbesondere in Wolfsburg – dieses Jahr ungewöhnlich spät lagen, so dass die Juli-Daten zur Produktion über- und die Augustdaten unterzeichnet sein dürften. Tatsächlich sank die Auto-Produktion im August gegenüber dem Vormonat um markante 12,5 Prozent. Demgegenüber setzte sich die Aufwärtsbewegung in den anderen Branchen mit einem durchschnittlichen Produktionsplus von 1,4 Prozent fort.

Der deutsche Außenhandel erholte sich im August ebenfalls weiter; die Exporte stiegen um 2,4 Prozent und damit den vierten Monat in Folge. Gleichwohl liegen sie noch um etwa zehn Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Noch stärker legten die Importe zu, was als Indiz einer anziehenden Binnenkonjunktur zu werten ist. Nach dem Zuwachs von 5,8 Prozent im August liegen sie nun noch gut sechs Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

Ebenfalls die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe stiegen im August zum vierten Mal in Folge kräftig an. Selbst ohne Berücksichtigung der sehr volatilen Großaufträge lag der Zuwachs der Bestellungen bei 4,5 Prozent im Vergleich zum Juli. Damit lag das Niveau der Order nur noch um etwa vier Prozent unter dem des vergangenen Jahres.

Der Anstieg der Infektionszahlen in ganz Europa bereitet offenbar den Finanzmarktteilnehmern zunehmend Sorgen. So zeigt es sich im jüngsten ZEW-Index, der am 13. Oktober veröffentlicht wurde. Die Konjunkturerwartungen der befragten Finanzmarktexperten sanken im Oktober auf 56,1 Punkte; im Vormonat lagen sie noch bei 77,4 Zählern. Das war der stärkste Rückgang seit dem Absturz im März dieses Jahres. Die Einschätzung der aktuellen konjunkturellen Lage für Deutschland verbessert sich jedoch erneut. Der Lageindikator beträgt im Oktober minus 59,5 Punkte. „Die ZEW-Konjunkturerwartungen liegen noch sehr deutlich im positiven Bereich. Die große Euphorie der Monate August und September scheint aber verflogen zu sein. Die zuletzt stark gestiegene Zahl der Corona-Infektionen lässt die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung ansteigen. Hinzu kommt die Aussicht auf einen Brexit ohne Handelsvertrag zwischen EU und Großbritannien. Auch die gegenwärtige Situation vor den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten steigert die Unsicherheit“, sagte ZEW-Präsident Achim Wambach.

Gleichermaßen hat sich die Stimmung bei den Unternehmen eingetrübt. Der aktuelle ifo Geschäftsklimaindex, der am 26. Oktober veröffentlicht wurde, sinkt zum ersten Mal wieder nach fünf Anstiegen in Folge. Aktuell beläuft er sich auf einen Wert von 92,7 Punkte, 0,5 Punkte weniger als im Vormonat. Die Unternehmen sind insbesondere skeptischer, was ihre Erwartungen zur Entwicklung in den kommenden Monaten betrifft. Die aktuelle Situation wird hingegen positiver eingeschätzt als noch im Vormonat

Der Arbeitsmarkt befindet sich hingegen weiterhin in relativ guter Verfassung. Die Bundesagentur für Arbeit meldete am 29. Oktober, dass die Arbeitslosenzahl in Deutschland im Oktober um 87.000 gesunken ist. Aktuell gibt es damit 2,760 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Im Zuge dieser Herbstbelebung verringert sich ebenfalls die Arbeitslosenquote um 0,2 Prozentpunkte auf nun 6 Prozent. Anlässlich der Vorstellung der aktuellen Zahlen wies Detlef Scheele, Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, allerdings auch darauf hin, dass sich am Arbeitsmarkt nach wie vor aber deutliche Spuren der ersten Welle der Corona-Pandemie zeigen. Denn gegenüber dem Vorjahr hat sich die Arbeitslosenzahl um 556.000 erhöht.

Das aktuell positive Bild könnte sich allerdings aufgrund des zunehmenden Infektionsgeschehens und dem erneuten Lockdown wieder wandeln. Außerdem sind in

Deutschland bei den mittelständischen Unternehmen mehr als eine Million Arbeitsplätze infolge der Corona-Krise in Gefahr. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der staatlichen Förderbank KfW. Demnach planen 16 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Jahr die Anzahl ihrer Mitarbeiter – mit dem Ziel der Kostenreduzierung – zu senken.

Insgesamt könnte die Anzahl der Erwerbstätigen im Mittelstand um etwa 3,3 Prozent abnehmen, heißt es in dem Report. Noch im vergangenen Jahr konnten die etwa 3,8 Millionen mittelständischen Unternehmen Umsatz und Mitarbeiterzahl erhöhen. Die Beschäftigtenzahl erreichte 2019 der KfW zufolge mit 32,3 Millionen einen Höchststand.

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Daten

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	2019	III/19	IV/19	I/20	II/20	Letztes Quartal zum Vorjahr in Prozent
Real. Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,3	0,0	-2,0	-9,7	-11,3
Privater Konsum	1,6	0,3	0,1	-2,6	-10,9	-13,0
Ausrüstungsinvestitionen	0,6	-1,4	-2,0	-7,3	-19,6	-27,9
Bauinvestitionen	3,9	0,3	0,4	5,1	-4,2	1,4
Ausfuhren	0,9	1,3	-0,3	-3,3	-20,3	-22,2
Einfuhren	1,9	0,0	0,3	-1,9	-16,0	-17,3
Arbeitsmarkt, Produktion und Preise	2019	Jul 2020	Aug 2020	Sep 2020	Okt 2020	Letzter Monat zum Vorjahr in Prozent
Industrieproduktion ¹	-3,3	1,4	-0,2	-	-	-12,2
Auftragseingänge ¹	-5,9	3,3	4,5	-	-	-4,3
Einzelhandelsumsatz ¹	3,0	0,3	1,8	-	-	3,0
Exporte ²	0,8	4,7	2,4	-	-	-10,2
ifo-Geschäftsklimaindex	97,1	90,4	92,4	93,2	92,7	-1,9
Einkaufsmanagerindex	44,5	51,0	52,2	56,4	58,0	37,8
GfK-Konsumklimaindex	10,0	-9,4	-0,2	-1,8	-1,7	-
Verbraucherpreise ³	1,5	-0,1	0,0	-0,2	-0,2	-
Erzeugerpreise ³	1,1	-1,7	-1,2	-1,0	-	-
Arbeitslosenzahl ⁴	2267	2920	2909	2899	2863	25,1
Offene Stellen ⁴	775	561	565	568	585	-21,4

¹ Produzierendes Gewerbe, Veränderung zum Vormonat in Prozent; ² Veränderung zum Vormonat in Prozent; ³ Veränderung zum Vorjahr in Prozent; ⁴ in Tausend; saisonbereinigt.
Alle Angaben bis auf Vorjahrsvergleiche saisonbereinigt.

Quelle: Thomson Reuters

Umfrageergebnisse

Zur Interpretation der Einzelindikatoren

Das Konsumbarometer ist zukunftsorientiert. Es bildet daher nicht den aktuellen Konsum ab, sondern die Konsumstimmung, die sich im Verbrauch der nächsten drei Monate zeigt – Gegenstand der zukunftsgewandten Fragen sind daher die Erwartungen für die nächsten drei Monate.

Alle Indizes, die in das Konsumbarometer einfließen, sind so gebildet, dass ein Anstieg eines Teilindikators positiv auf das Konsumbarometer einwirkt. Dies bedeutet im Einzelnen: Steigende Werte der Teilindizes Anschaffungsneigung¹, Einkommens- und Konjunkturerwartung signalisieren, dass sich die dahinterliegende Neigung bzw. Erwartung verbessert und positiv auf das Konsumbarometer wirkt.

Beispiel: Die Erwartung steigender Einkommen bei den befragten Haushalten hat einen positiven Einfluss auf das Konsumbarometer.

Im Gegenzug impliziert eine Zunahme der Sparneigung und die Erwartung steigender Zinsen und Preise eine Dämpfung des Konsumklimas und damit des Barometerwerts: Bekunden die befragten Haushalte eine Erhöhung der Sparneigung, impliziert dies eine negative Wirkung auf den privaten Konsum. Dementsprechend ist der Indikator invers gebildet. Erwarten die Haushalte künftig steigende Preise, wirkt sich dieses nicht dämpfend auf den aktuellen Konsum, wohl aber auf die den zukünftigen Verbrauch beeinflussende Konsumstimmung aus und schlägt sich in einem geringeren Barometerwert nieder. Die Haushalte ziehen bei Erwartung steigender Preise Käufe vor, so dass der aktuelle Konsum ansteigt, sie aber in der Zukunft zurückhaltender werden.

¹ Bisher wurde dieser Teilindikator im Rahmen der Berichterstattung des HDE-Konsumbarometers „Konsumneigung“ genannt. Um Verwechslungen mit dem Gesamtindex – dem „HDE-Konsumbarometer“ – zu vermeiden, wird der Einzelindikator zukünftig als Anschaffungsneigung bezeichnet.

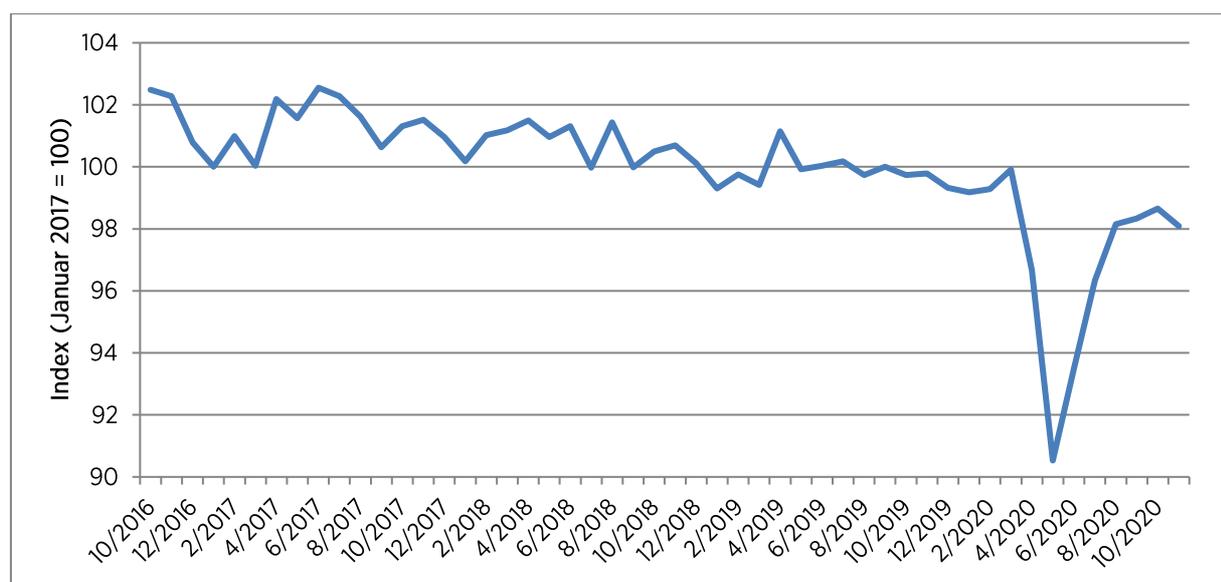
Tabelle 2: HDE-Konsumbarometer und Einzelindizes

	Jun 2020	Jul 2020	Aug 2020	Sep 2020	Okt 2020	Nov 2020
HDE-Konsumbarometer	93,51	96,34	98,14	98,34	98,66	98,09
Einkommen	94,74	96,87	96,58	100,13	100,02	99,18
Anschaffungen	94,53	96,21	97,10	100,05	100,73	100,55
Sparen ^a	97,98	99,16	100,59	96,16	95,87	98,02
Preis ^a	92,85	98,27	107,07	103,48	101,18	99,55
Konjunktur	75,32	83,91	87,32	88,60	93,39	87,89
Zins ^a	107,45	106,63	105,71	106,38	104,46	105,22

Index: Januar 2017 = 100
^aBei diesen Einzelindikatoren wird ein inverser Zusammenhang mit der Konsumstimmung angenommen. Aus diesem Grund sind sie invers gebildet. Steigende Werte signalisieren, dass diese Einzelindikatoren positiv auf das Konsumbarometer wirken. Die dahinterliegende Neigung bzw. Erwartung sinkt zugleich aber (siehe auch Kasten Zur Interpretation der Einzelindikatoren).

Das HDE-Konsumbarometer ist als Index konstruiert. Basis sind die Befragungsergebnisse des Januar 2017, sodass für diesen Monat ein Indexwert von 100 festgesetzt ist. Dabei bildet das Barometer nicht das aktuelle Verbraucherverhalten ab. Vielmehr ist es zukunftsgerichtet und steht für die Verbraucherstimmung in den nächsten drei Monaten.

Abbildung 1: HDE-Konsumbarometer



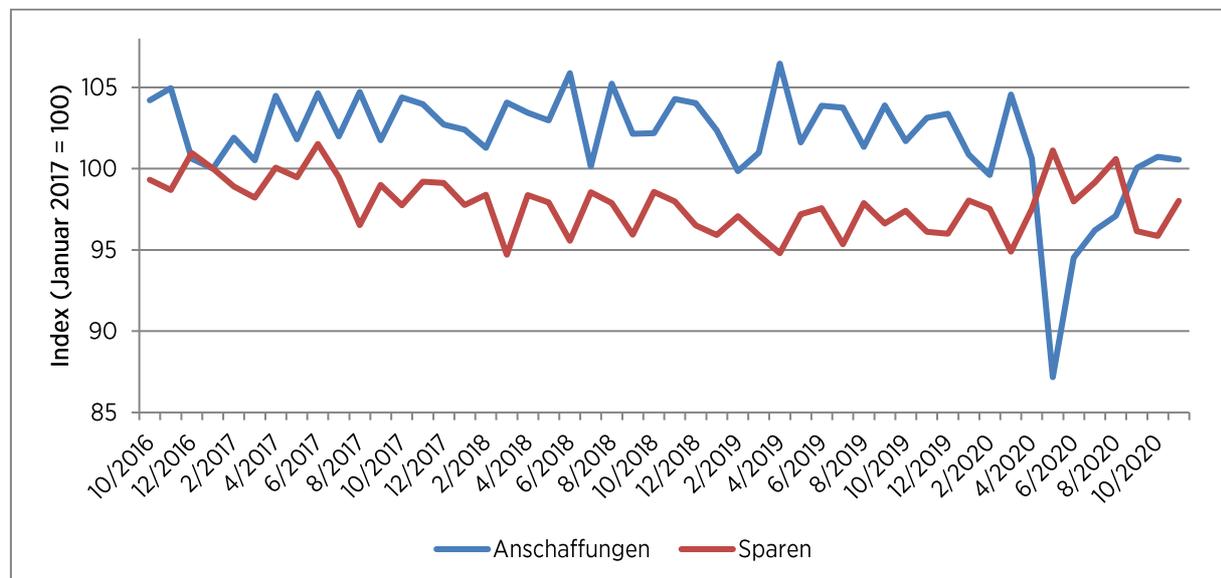
Während die Sommermonate durch ein niedriges Infektionsgeschehen gekennzeichnet waren, nehmen seit August die Corona-Infektionen wieder zu. Gerade in den letzten Wochen hat dieser Anstieg sehr deutlich an Dynamik gewonnen.

Und während sich in den vergangenen beiden Monaten noch keine Auswirkung bei der Verbraucherstimmung zeigte, ist dies im November anders. Die Erholung der vergangenen Monate erhielt einen Dämpfer. Das HDE-Konsumbarometer sinkt um 0,57 Punkte im Vergleich zum Vormonat und erreicht einen Wert von 98,09 Punkte (siehe Abbildung 1). Damit ist die Erholung der vergangenen drei Monate faktisch zum Ende gekommen. Im Vergleich zum Vorjahr liegt das Barometer auf einem 1,7 Punkte geringeren Niveau.

Angesichts der weiteren exponentiell steigenden Entwicklung bei den Infektionszahlen sowie dem erneuten Lockdown, ist davon auszugehen, dass die Erholung der Verbraucherstimmung gestoppt ist und sich die Stimmung wieder eintrüben wird. Denn der Befragungszeitraum, der diesem Kurzbericht zugrunde liegt, endete vor der Entscheidung über den erneuten Lockdown.

Die optimistische Einschätzung hinsichtlich der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist bei den Verbrauchern merklich geschwunden, wie der Blick auf die einzelnen Teilindikatoren des Konsumbarometers zeigt.

Abbildung 2: Anschaffungs- und Sparneigung²



² Beim Einzelindikator „Sparneigung“ wird ein inverser Zusammenhang mit der Konsumstimmung angenommen. Aus diesem Grund ist er invers gebildet. Steigende Werte signalisieren, dass dieser Einzelindikator positiv auf das Konsumbarometer wirkt. Die dahinterliegende Neigung sinkt zugleich aber (siehe auch Kasten *Zur Interpretation der Einzelindikatoren*).

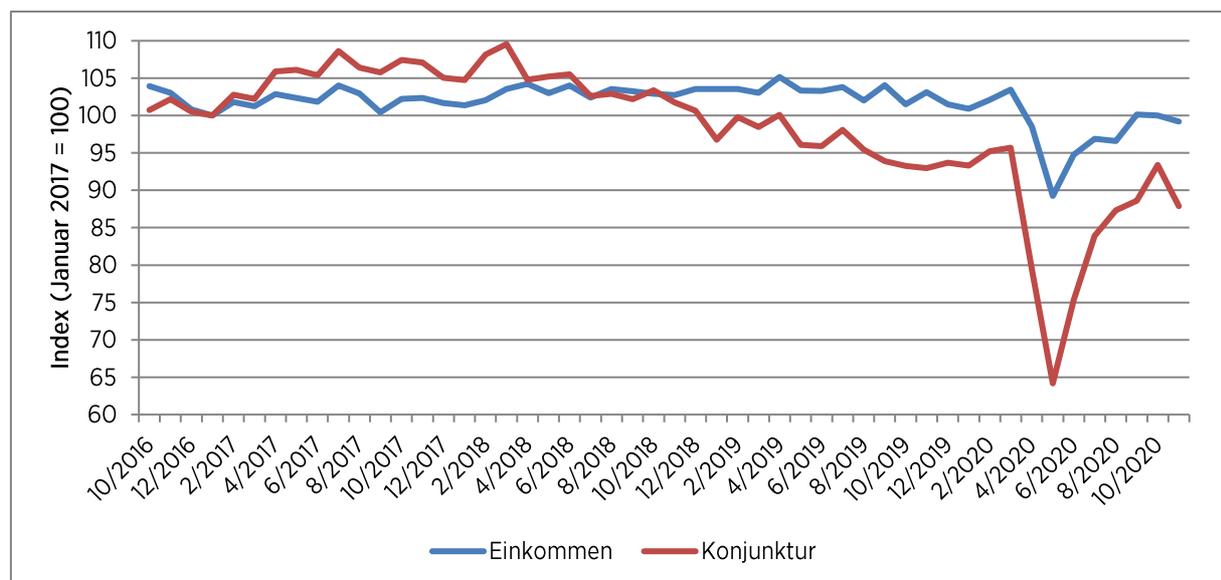
In den vergangenen beiden Jahren gab es zum Vorweihnachtsgeschäft stets einen Anstieg der Anschaffungsneigung. Aktuell zeigt sich aktuell hingegen ein marginaler Rückgang (siehe Abbildung 2). Dieser Teilindikator notiert im November bei einem Wert von 100,55 und weist damit 0,18 Punkte weniger auf als im Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist der Wert der Anschaffungsneigung um 2,57 Punkte niedriger.

Der erneute Lockdown dürfte den privaten Konsum weiter dämpfen. Ein markanter Konsumschub ist in jedem Fall äußerst unwahrscheinlich.

Ursächlich für den aktuellen Dämpfer bei der Anschaffungsneigung dürfte die zunehmende Skepsis der Verbraucher hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung Deutschlands sowie ihrem nachlassenden Optimismus bei der weiteren Entwicklung der eigenen Einkommenssituation sein (siehe Abbildung 3).

Der Umstand, dass die Verbraucher in den nächsten Monaten in geringerem Umfang von Einkommenssteigerungen ausgehen, führt allerdings nicht nur dazu, dass gleichermaßen ihre Anschaffungsneigung nachlässt. Genauso wenig dürften sie ihre Sparanstrengungen ausweiten. Der Teilindikator „Sparneigung“ weist im November einen Wert von 98,02 Punkte auf, 2,15 Punkte mehr als im Vormonat. Aufgrund der inversen Bildung zeigt diese Entwicklung eine abnehmende Sparneigung der Verbraucher an.

Abbildung 3: Einkommens- und Konjunkturerwartung

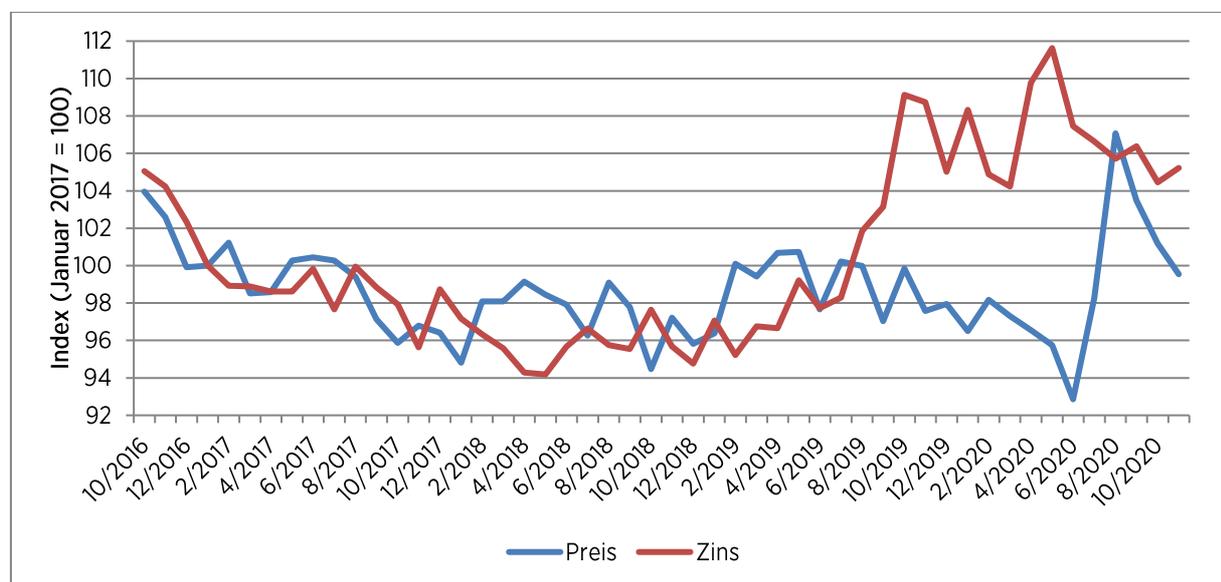


Die Konjunkturerwartungen der Verbraucher zeigten seit Mai stets in eine Richtung: aufwärts. Im November brach dieser Trend allerdings abrupt ab. Angesichts der „zweiten Welle“ bei der Corona-Pandemie und der wieder zunehmenden Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung werden die Verbraucher erneut pessimistischer, was die weitere konjunkturelle Entwicklung Deutschlands angeht. Ihre Konjunkturerwartungen weisen im November einen Wert von 87,89 Punkte auf, 5,5 Punkte weniger als im Vormonat (siehe Abbildung 3). Damit ist die Erholung der letzten beiden Monate wieder nahezu „aufgezerrt“.

Nachlassender Optimismus ist ebenfalls bei den Einkommenserwartungen der Verbraucher zu beobachten. Dieser Teilindikator sank um 0,84 Punkte auf einen Wert von 99,18 Punkte. Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Einkommenserwartungen der Verbraucher sogar auf einem 3,95 Punkte niedrigeren Niveau.

Nach Einschätzung der Verbraucher könnte die aktuelle Normalisierung der Arbeitsmarktentwicklung sich durchaus wieder im Zuge des anziehenden Infektionsgeschehen und damit einhergehender wirtschaftlicher Auswirkungen verschlechtern. Dies würde dann ebenfalls ihre eigene Einkommensentwicklung negativ tangieren.

Abbildung 4: Preis- und Zinserwartung³



³ Bei den Einzelindikatoren „Preiserwartung“ und „Zinserwartung“ wird ein inverser Zusammenhang mit der Konsumstimmung angenommen. Aus diesem Grund sind sie invers gebildet. Steigende Werte signalisieren, dass diese Einzelindikatoren positiv auf das Konsumbarometer wirken. Die dahinterliegenden Erwartungen sinken zugleich aber (siehe auch Kasten *Zur Interpretation der Einzelindikatoren*).

Im November gehen die Verbraucher von einem Anziehen der Teuerungsrate aus. Beim Teilindikator „Preiserwartungen“ zeigt sich ein weiterer Rückgang, nun um 1,63 Punkte auf einen Wert von 99,55 Punkte (siehe Abbildung 4). Dies verdeutlicht aufgrund der inversen Bildung des Teilindikators die zunehmenden Preiserwartungen.

Die Inflationsentwicklung in den vergangenen Monaten lässt diese Erwartung der Verbraucher nicht nachvollziehbar erscheinen. Allerdings könnte es im nächsten Jahr durchaus zu einer höheren Teuerungsrate kommen. Wenn ab Januar wieder die regulären Sätze bei der Mehrwertsteuer gelten, dürfte die Inflationsrate zunächst um etwa einen Prozentpunkt nach oben gehen. In der zweiten Jahreshälfte erfolgt dann ein weiterer, ähnlich großer Schub infolge des Basiseffekts. Einige Ökonomen halten gar zeitweise eine drei vor dem Komma für realistisch. Dies dürfte aber sicherlich nicht der Aspekt sein, auf den die Verbraucher ihre Preiswartung stützen.

Die Zinserwartungen der Verbraucher steigen im November um 0,76 Punkte verglichen mit dem Vormonat auf einen Wert von 105,22 Punkte. Angesichts der inversen Bildung kommt in der Entwicklung zum Ausdruck, dass die Verbraucher weniger von zunehmenden Zinsen in den nächsten Monaten ausgehen.

Fazit:

Im Zuge des ansteigenden Infektionsgeschehens in Deutschland trübt sich zum ersten Mal nach sechs Monaten die Verbraucherstimmung wieder ein. Die Erholung kommt zum Erliegen und eine Fortsetzung ist angesichts der aktuellen Dynamik der Corona-Pandemie sowie des erneuten Lockdowns eher unwahrscheinlich.

Besonders die Konjunkturerwartungen der Konsumenten haben sich wieder verschlechtert, und die Anschaffungsneigung stagniert. Ein merkliches Anziehen des privaten Verbrauchs ist insofern vollkommen unwahrscheinlich. Vielmehr können sich sowohl durch den neuerlichen Lockdown als auch durch das Auslaufen der temporären Mehrwertsteuersenkung, was einer Steuererhöhung entspricht, zusätzliche negative Effekte auf den privaten Konsum ergeben.

Methodik

Die **Datenbasis** für das HDE-Konsumbarometer bildet eine monatliche Haushaltsbefragung, die vom Marktforschungsinstitut YouGov durchgeführt wird. Die Stichprobe umfasst jeweils ungefähr 2.000 Haushalte und ist bevölkerungsrepräsentativ.

Für die Bildung des HDE-Konsumbarometers wird ein ausgewählter Pool zukunftsorientierter **Fragen** (Erwartungen für die nächsten drei Monate) genutzt. Konkret stützt sich das HDE-Konsumbarometer auf sechs Fragen, durch die Erwartungen über die Entwicklung der Anschaffungs- und Sparneigung, der Einkommensentwicklung, der Konjunkturentwicklung sowie der Entwicklung des Zins- und Preisniveaus erhoben werden. Die Antwortkategorien zu den einzelnen Fragen basieren auf einer 5-stufigen Likert-Skala (viel weniger – eher weniger – gleich viel – eher mehr – viel mehr).

Zur **Berechnung** des HDE-Konsumbarometers werden den einzelnen Antworten Punktwerte von eins bis fünf zugeordnet. Anschließend wird für jede Frage der durchschnittliche Antwortwert berechnet. Da die Extremwerte auf der Antwortskala stärkere Verhaltensänderungen der Befragten ausdrücken, werden sie höher gewichtet. Für den aktuellen Barometerwert werden die einzelnen durchschnittlichen Antworten addiert. Bei der Berechnung des Barometers gehen die Antworten auf die sechs Einzelfragen mit unterschiedlichen Gewichten ein, die dem jeweiligen Einfluss auf den Konsum Rechnung tragen.

Des Weiteren wird berücksichtigt, dass die Entwicklung der Anschaffungsneigung verschiedener Haushalte je nach Einkommenshöhe eine unterschiedliche Auswirkung auf den gesamten privaten Konsum hat. Daten des Statistischen Bundesamts zeigen, dass die Gruppe der Haushalte mit einem höheren verfügbaren Einkommen – unter Berücksichtigung der Besetzungszahlen – einen größeren Anteil am gesamten privaten Konsum in Deutschland haben. Mit einer Ausweitung/Einschränkung ihres Konsums rufen diese Haushalte somit deutlichere Veränderungen des gesamten privaten Konsums hervor als Haushalte mit einem geringeren verfügbaren Einkommen. Daher wird das zuvor beschriebene Vorgehen der Ermittlung der Durchschnittsantworten für fünf verschiedene Haushaltstypen (Abgrenzung: monatlich frei verfügbares Haushaltsnettoeinkommen) separat durchgeführt. Der Wert des Konsumbarometers ist die gewichtete Summe der Teilwerte der einzelnen Haushaltsklassen. Die Gewichtung der Haushalte nach verfügbarem Einkommen erfolgt in Anlehnung an den Anteil der Haushaltstypen nach Einkommensniveau am privaten Konsum.

Lange Reihe der Werte des HDE-Konsumbarometers und der Einzelindizes (ab 10/2016)

Tabelle 3: HDE-Konsumbarometer und Einzelindizes

	HDE	EK	AN	SP ^a	PR ^a	KJ	ZI ^a
Oktober 2016	102,49	103,92	104,21	99,32	103,96	100,72	105,05
November 2016	102,28	103,06	104,95	98,69	102,59	102,19	104,23
Dezember 2016	100,78	100,83	100,61	100,96	99,92	100,54	102,34
Januar 2017	100	100	100	100	100	100	100
Februar 2017	100,99	101,82	101,91	98,91	101,22	102,78	98,92
März 2017	100,04	101,26	100,51	98,23	98,52	102,24	98,89
April 2017	102,19	102,89	104,49	100,06	98,58	105,89	98,62
Mai 2017	101,57	102,34	101,82	99,48	100,27	106,10	98,61
Juni 2017	102,55	101,86	104,65	101,52	100,45	105,38	99,83
Juli 2017	102,28	104,04	102,00	99,47	100,27	108,62	97,66
August 2017	101,62	102,95	104,72	96,53	99,40	106,42	99,94
September 2017	100,63	100,45	101,75	99,01	97,13	105,78	98,84
Oktober 2017	101,31	102,22	104,39	97,75	95,86	107,43	97,94
November 2017	101,52	102,37	103,97	99,20	96,78	107,08	95,63
Dezember 2017	100,96	101,67	102,72	99,11	96,41	105,04	98,74
Januar 2018	100,18	101,39	102,41	97,77	94,81	104,75	97,16
Februar 2018	101,02	102,07	101,28	98,40	98,09	108,15	96,33
März 2018	101,18	103,57	104,07	94,71	98,09	109,56	95,57
April 2018	101,50	104,24	103,45	98,37	99,15	104,78	94,28
Mai 2018	100,96	102,98	102,96	97,92	98,44	105,20	94,18
Juni 2018	101,31	104,02	105,88	95,57	97,91	105,50	95,67
Juli 2018	99,97	102,38	100,13	98,56	96,27	102,60	96,65
August 2018	101,43	103,56	105,24	97,88	99,10	102,93	95,75
September 2018	99,98	103,27	102,15	95,95	97,78	102,18	95,54
Oktober 2018	100,49	102,90	102,18	98,56	94,46	103,36	97,64
November 2018	100,69	102,73	104,28	97,98	97,22	101,74	95,69

Dezember 2018	100,12	103,55	104,04	96,52	95,82	100,66	94,76
Januar 2019	99,30	103,55	102,36	95,92	96,39	96,75	97,06
Februar 2019	99,76	103,57	99,85	97,08	100,11	99,82	95,23
März 2019	99,42	103,02	100,98	95,89	99,42	98,45	96,76
April 2019	101,14	105,16	106,47	94,79	100,69	100,09	96,65
Mai 2019	99,93	103,33	101,61	97,20	100,74	96,10	99,22
Juni 2019	100,03	103,29	103,88	97,59	97,65	95,91	97,73
Juli 2019	100,18	103,80	103,75	95,35	100,22	98,10	98,30
August 2019	99,73	102,02	101,34	97,88	99,98	95,43	101,85
September 2019	100,01	104,07	103,90	96,64	97,03	93,91	103,14
Oktober 2019	99,74	101,50	101,70	97,41	99,84	93,24	109,14
November 2019	99,79	103,13	103,12	96,11	97,58	92,95	108,74
Dezember 2019	99,33	101,49	103,39	96,00	97,95	93,70	105,01
Januar 2020	99,18	100,90	100,87	98,04	96,50	93,32	108,33
Februar 2020	99,28	102,12	99,60	97,53	98,17	95,22	104,88
März 2020	99,91	103,46	104,57	94,89	97,30	95,67	104,23
April 2020	96,66	98,52	100,62	97,53	96,55	79,44	109,78
Mai 2020	90,53	89,24	87,17	101,13	95,75	64,17	111,63
Juni 2020	93,51	94,74	94,53	97,98	92,85	75,32	107,45
Juli 2020	96,34	96,87	96,21	99,16	98,27	83,91	106,63
August 2020	98,14	96,58	97,10	100,59	107,07	87,32	105,71
September 2020	98,34	100,13	100,05	96,16	103,48	88,60	106,38
Oktober 2020	98,66	100,02	100,73	95,87	101,18	93,39	104,46
November 2020	98,09	99,18	100,55	98,02	99,55	87,89	105,22

Index: Januar 2017 = 100; HDE: HDE-Konsumbarometer; EK: Einkommenserwartung;
AN: Anschaffungsneigung; SP: Sparneigung; PR: Preiserwartung; KJ:
Konjunkturerwartung; ZI: Zinserwartung

^a:Bei diesen Einzelindikatoren wird ein inverser Zusammenhang mit der
Konsumstimmung angenommen. Aus diesem Grund sind sie invers gebildet. Steigende
Werte signalisieren, dass diese Einzelindikatoren positiv auf das Konsumbarometer
wirken. Die dahinterliegende Neigung bzw. Erwartung sinkt zugleich aber (siehe auch
Kasten *Zur Interpretation der Einzelindikatoren*).

Rechtlicher Hinweis

Die vorstehenden Angaben und Aussagen stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Die verwendeten Daten stammen aus unterschiedlichen Quellen und wurden als korrekt und verlässlich betrachtet, jedoch nicht unabhängig überprüft; ihre Vollständigkeit und Richtigkeit sind nicht garantiert, und es wird keine Haftung für direkte oder indirekte Schäden aus deren Verwendung übernommen, soweit nicht durch grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten unsererseits verursacht.

Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung und ohne Angabe von Gründen geändert werden. Die vorstehenden Aussagen werden lediglich zu Informationszwecken des Auftraggebers gemacht und ohne darüber hinausgehende vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt.

Soweit in vorstehenden Angaben Prognosen oder Erwartungen geäußert oder sonstige zukunftsbezogene Aussagen gemacht werden, können diese Angaben mit bekannten und unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Es kann daher zu erheblichen Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse oder Entwicklungen zu den geäußerten Erwartungen kommen. Neben weiteren hier nicht aufgeführten Gründen können sich insbesondere Abweichungen aus der Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Entwicklung der Finanzmärkte und Wechselkurse sowie durch Gesetzesänderungen ergeben.

Das Handelsblatt Research Institute verpflichtet sich nicht, Angaben, Aussagen und Meinungsäußerungen zu aktualisieren.

Es gelten die [Allgemeinen Geschäftsbedingungen](#) des Handelsblatt Research Institute.

Handelsblatt Research Institute

Toulouser Allee 27

40211 Düsseldorf

+49 (0)211/887-1100

www.handelsblatt-research.com

Autoren

Dr. Sven Jung

Dr. Jan Kleibrink

Prof. Dr. Dr. h. c. Bert Rürup

Ansprechpartner

Dr. Sven Jung

+49 (0)211/887-1243

jung@handelsblatt-research.com

Studie im Auftrag des HDE

© 2020 Handelsblatt Research Institute